

# FÜR EINE GEREGLTE EINWANDERUNGS- UND FLÜCHTLINGSPOLITIK

Die großen Flüchtlingsbewegungen der letzten Jahre stellen Deutschland und Europa vor eine Herausforderung. Für uns Freie Demokraten geht es darum, in der Flüchtlingspolitik wieder Ordnung in das Chaos zu bringen und klare Regeln aufzustellen.

## WAS SIND DIE FAKTEN?

- 2015 und 2016 haben insgesamt über 1,2 Millionen Menschen einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Die meisten Menschen fliehen aus Syrien und dem Irak, also aus Bürgerkriegsländern. Es gibt aber auch nach wie vor viele Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen ihre Heimat verlassen und bei uns Asyl beantragen.
- Auf der einen Seite sorgte die Kanzlerin mit ihrer grenzenlosen Aufnahmebereitschaft für Chaos, auf der anderen Seite gab es Rufe nach Obergrenzen und Abschottung. Beides ist für uns Freie Demokraten keine Lösung!
- Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland. Trotzdem haben wir kein Einwanderungsrecht, das die Anforderungen und Voraussetzungen aber auch die Möglichkeiten und Chancen für alle klar definiert.

## WAS FORDERN WIR FREIE DEMOKRATEN?

### Drei Türen nach Deutschland

Wir brauchen in Deutschland ein Zuwanderungsrecht, das Menschen verschiedene Wege eröffnet. Dabei müssen wir klar unterscheiden: zwischen politisch oder religiös Verfolgten, Bürgerkriegsflüchtlingen sowie Zuwanderung auf den deutschen Arbeitsmarkt. Im letzten Fall brauchen wir ein Punktesystem, welches auf Basis von Qualifikation und Sprachkenntnissen über die Zuwanderungsmöglichkeiten entscheidet. Das schafft Transparenz für alle Beteiligten und wirkt so falschen Hoffnungen entgegen.

### Menschenrecht auf Asyl

Das Menschenrecht auf Asyl ist für uns Freie Demokraten nicht verhandelbar. Obergrenzen bei der Gewährung von Asyl verstoßen gegen das Grundgesetz. Wir wollen effektive Mechanismen zur Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit weiterentwickeln: Anträge von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsstaaten sollen in den Registrierungszone, den sogenannten Hotspots, schnellstmöglich entschieden werden. Um Menschen die lebensgefährliche Flucht zu ersparen, möchten wir es ermöglichen, Asylanträge auch bereits im Ausland zu stellen. Nach Schweizer Vorbild wollen wir ein Visum aus humanitären Gründen einführen. Es wird erteilt, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass Leib und Leben unmittelbar, ernsthaft und konkret gefährdet sind.

### Europa als Schlüssel für eine langfristige Lösung

Um langfristig die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen, brauchen wir die Beteiligung aller EU-Mitgliedstaaten. Dazu gehört ein effektiver Grenzschutz der EU-Außengrenzen. Deshalb brauchen wir eine handlungsfähige europäische Grenzpolizei. Die Flüchtlinge in Europa sollen gerecht auf mehreren Schultern verteilt werden. Deswegen fordern wir einen fairen Verteilungsschlüssel innerhalb der EU. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive müssen nach verbindlichen Quoten verteilt werden. Länder, die sich dieser Art der Solidarität verweigern, sollen in einen Fonds einzahlen müssen. Langfristig können wir die Krise nur lösen, wenn Konflikte, Armut, Hunger und fehlende Rechtsstaatlichkeit vor Ort bekämpft werden. Die Beilegung bewaffneter Konflikte hat daher Priorität. Wir setzen auch auf europäisch abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit. So können wir

Hilfe zur Selbsthilfe schaffen. Nachbarstaaten von betroffenen Krisenregionen, wie etwa Jordanien oder Libanon, wollen wir besonders finanziell unterstützen.

### Vorübergehender humanitärer Schutz für Kriegsflüchtlinge

Bisher durchlaufen Kriegsflüchtlinge in Deutschland das oft langwierige Asylverfahren. So kommt es zu einem unnötigen Antragsstau beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Wenn der Krieg vorbei ist, sollen Kriegsflüchtlinge in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren.

### Chancen der Einwanderung nutzen – mit klaren Regeln

Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten und fleißigen Menschen angewiesen, wenn wir unseren Wohlstand auch zukünftig erhalten wollen. Wir wollen ein Punktesystem schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Auch Flüchtlingen wollen wir so eine Einwanderungschance bieten. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch funktionierende Rückführungsregelungen. Wer kein Bleiberecht hat, muss konsequent abgeschoben werden.

### Integration als Schlüssel für ein gutes und friedliches Zusammenleben

Wer zu uns kommt, der muss sich auch anpassen. Nur so klappt ein friedliches und gutes Zusammenleben. Deutschkenntnisse, Bildung und ein Arbeitsplatz sind die besten Integrationswege. Deshalb wollen wir kostenfreie und verpflichtende Sprachkurse für jeden Flüchtling ab dem ersten Tag in der Kommune – unabhängig von der Aufenthaltsdauer. Flüchtlinge brauchen außerdem eine schnelle Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen und eine sofortige Arbeitserlaubnis und

zumindest zeitweise Ausnahmen vom Mindestlohn. Das Angebot an Integrationskursen ist derzeit nicht ausreichend. Wir wollen

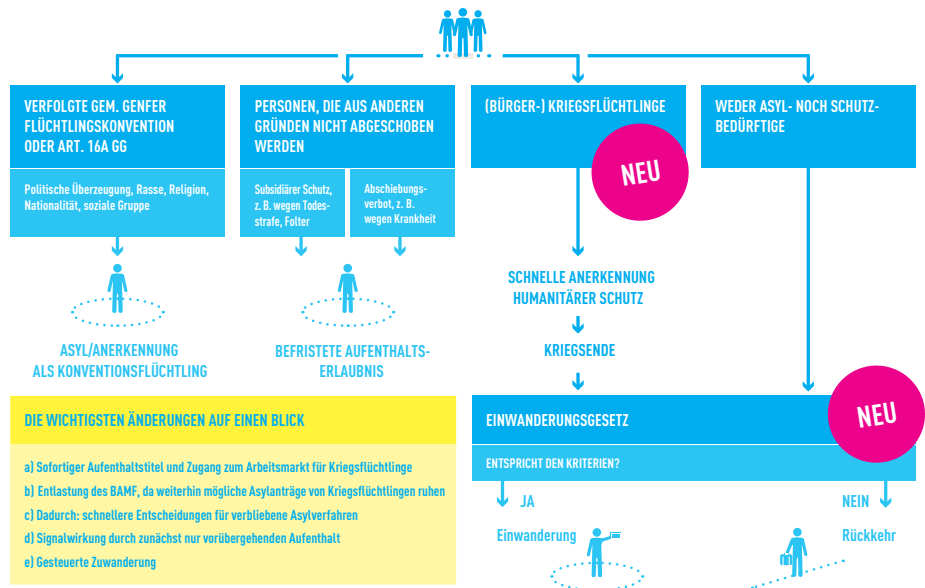
unterschiedliche Bedürfnisse mit Kursen unterschiedlicher Anforderungen und individueller Förderung beantworten.

## WAS WIRD DISKUTIERT?

### HUMANITÄRER SCHUTZ und EINWANDERUNGSGESETZ

**Einwand:** Flüchtlinge belasten die deutschen Sozialkassen.

**Antwort:** Gerade in den ersten drei Monaten unterliegen Asylsuchende in Deutschland einem Beschäftigungsverbot. Wir Freie Demokraten wollen das ändern und auch zumindest für eine Übergangszeit eine Ausnahme vom Mindestlohn schaffen. Denn wer sich und seine Familie selbst ernähren kann und mit Einheimischen zusammenarbeitet, wird sich auch schneller bei uns wohlfühlen und integrieren. Ein weiteres Hindernis für die Beteiligung am Arbeitsmarkt sind die Sprachbarrieren. Auch hier müssen mehr Kurse angeboten werden und die vor allem schon direkt nach der Aufnahme starten können.



**Einwand:** Wir brauchen eine Obergrenze bei den Flüchtlingszahlen, damit wir den Ansturm der Einwanderung in den Griff bekommen.

**Antwort:** Eine pauschale Zahl an Flüchtlingen festzulegen, die in einem Jahr zu uns kommen dürfen, verstößt gegen das Menschenrecht auf Asyl. Effektive Mechanismen zur Entscheidung über die Schutzbedürftigkeit müssen aber weiterentwickelt werden. Anträge von Asylsuchenden aus sicheren Herkunftsstaaten sollen in den Registrierungszone, den sogenannten Hotspots, schnellstmöglich entschieden werden.

**Einwand:** Mit der Sperrung der Balkanroute hat sich die Flüchtlingsproblematik doch weitestgehend entspannt.

**Antwort:** Die Zahlen der ankommenden Flüchtlinge sind von 2016 auf 2017 deutlich gesunken. Während 2017 von Januar bis Juni 111.600 Personen einen Asylantrag stellten, waren es im gleichen Zeitraum 2016 schon über 360.000 Menschen. Für uns ist aber auch klar, dass die von der Bundesregierung geschlossenen Abkommen mit den Anrainerstaaten wie der Türkei auf wackeligen Beinen stehen. Daher brauchen wir einen effektiven Schutz der EU-Außengrenzen. Die Grenzagentur FRONTEX soll zu einem echten europäischen Grenzschutz mit eigener Handlungsbefugnis und Kontrolle durch das Europäische Parlament ausgebaut werden.

**Einwand:** Wegen der Flüchtlinge wird Deutschland unsicherer, besonders für Frauen.

**Antwort:** Im Zeitraum von 2015 bis 2016 sind insgesamt 1,5 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Im Jahr 2016 wurden laut Statistik des Bundeskriminalamtes 295.100 Straftaten im Zusammenhang mit Zuwanderern erfasst. Im gleichen Zeitraum wurden in Deutschland insgesamt 6,3 Millionen Straftaten registriert. Das heißt, 4,6 Prozent der Straftaten wurden von Zuwanderern verübt, also ein nicht zu vernachlässigender Anteil. Das sind aber nicht alle Flüchtlinge. Die größte Gruppe der Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten in Syrien, im Irak und in Afghanistan ist unter den Tatverdächtigen deutlich unterrepräsentiert. Verhältnismäßig viele der Straftaten wurden allerdings von Zuwanderern aus den Maghreb Staaten, dem Balkan und Georgien verübt. Dabei handelt es sich aber nicht nur um Gewaltverbrechen. Zuwanderer aus den Hauptfluchtländern waren vor allem in Vermögens- und Fälschungsdelikte wie Schwarzfahren (30 Prozent), in Diebstähle und Körperverletzungsdelikte (je 23 Prozent) verwickelt. Straftaten gegen sexuelle Selbstbestimmung, also Vergewaltigungen oder sexuelle Nötigung, machten dabei 1,3 Prozent der erfassten Straftaten aus. Der Blick in die BKA Statistik zeigt: Es gibt unter den Zuwanderern einige schwarze Schafe. Wer als Straftäter auffiel, beging meist auch mehrere Delikte. Gegen diese Straftäter wollen wir effektiv vorgehen, ohne alle Flüchtlinge in Sippenhaft zu nehmen.

**DENKEN WIR NEU.**